

# Strategic Newsletter

## Kurzfassung

Jahrg. 35 Nr. 09  
2. März 2022

### Ein Wirtschaftssystem für eine Friedensordnung

Eine internationale Konferenz nach dem Vorbild des *Westfälischen Friedens* muß unverzüglich einberufen werden. Das grundlegende Interesse aller Parteien ist, daß die zentralen wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Interessen jedes einzelnen berücksichtigt werden - mit anderen Worten eine Ordnung, die auf dem Nutzen des anderen, auf dem Gemeinwohl und auf Respekt und Liebe der gesamten Menschheit beruht.

Auch das Wirtschaftssystem muß drastisch umgestaltet werden, um diese Perspektive zum Ausdruck zu bringen. Der bekannte amerikanische Wirtschaftswissenschaftler Lyndon LAROCHE hat im einzelnen beschrieben, wie ein solches System funktionieren würde, ausgehend von den von ihm so genannten „Vier Gesetzen“:

1. Sofortige Wiedereinführung der *Glass-Steagall-Bankentrennung*, die US-Präsident Franklin D. ROOSEVELT einführte, und zwar in Hinsicht auf das Prinzip des Handelns unverändert. Das bedeutet, daß die gesamte spekulative Finanzblase einer Konkursanierung unterzogen werden muß.

2. Rückkehr zu einem von oben gesteuertem und präzise definiertem Nationalbankwesen, wie es der erste Finanzminister der USA Alexander HAMILTON dargelegt hat.

3. Der Zweck eines solchen föderalen Kreditsystems ist es, hochproduktive Trends zur Verbesserung der Beschäftigung zu erzeugen, verbunden mit der Absicht, die realwirtschaftliche Produktivität und den Lebensstandard der Menschen und Haushalte zu erhöhen.

4. Einführung eines „Crash-Programms“ zur Entwicklung der Kernfusion, um Durchbrüche in der Wissenschaft zu fördern, die für unbegrenztes Wirtschaftswachstum und unbegrenzte Entwicklung erforderlich sind.

Das Schiller-Institut und seine Gründerin Helga ZEPP-LAROCHE rufen hiermit dazu auf, die internationale Diskussion anzustoßen, die dringend notwendig ist, um eine solche Konferenz einzuberufen und die „Weltuntergangsuhr“ anzuhalten, bevor sie Zwölf schlägt.

Es ist an der Zeit, daß Institutionen und Persönlichkeiten aus allen Nationen sich öffentlich zu Wort melden und sich dieser Mobilisierung für eine internationale Konferenz zur Schaffung einer neuen Sicherheits- und Entwicklungsarchitektur für alle Nationen anschließen.

Der Text ist unter dem folgenden Link, wo Sie ihn online unterzeichnen können, in zehn Sprachen (deutsch, englisch, französisch, italienisch, spanisch, portugiesisch, schwedisch, dänisch, arabisch und chinesisch) verfügbar:

<https://schillerinstitute.com/de/blog/2022/02/24/petition-fuer-eine-internationale-konferenz-zur-schaffung-einer-neuen-sicherheits-und-entwicklungsarchitektur-fuer-alle-nationen/>

### Der Hintergrund der Weltkriegsgefahr: die „Mutter aller Bankenrettungen“

Die westlichen Eliten nutzen die Rußland-Ukraine-Krise rücksichtslos aus, um die „Mutter aller Rettungsaktionen“ für das Finanzsystem durchzuführen. Der Zusammenbruch dieses Systems war, wie wir in den letzten Wochen berichteten, bereits im Gange, und obwohl die Hyperinflation auf dem Vormarsch war, suchten die Zentralbanken nur einen Vorwand, um eine neue, massive Rettungsaktion zu rechtfertigen.

Als hätte sie nur darauf gewartet, gab EZB-Präsidentin Christine LAGARDE am 25.2. eine Erklärung ab, wonach die EZB bereit sei, die Sanktionen gegen Rußland zu unterstützen und „jede denkbar erforderliche Maßnahme zu ergreifen, um ihrer Verantwortung für die Gewährleistung der Preis- und Finanzstabilität im Euroraum gerecht zu werden“.

<https://www.ecb.europa.eu/press/pr/date/2022/html/ecb.pr220225~2b6548f7d9.de.html>

Ihre englische Formulierung „whatever action“ erinnert dabei bewußt an Mario DRAGHIS Worte von 2012 „whatever it takes“, was den Beginn des Liquiditätspumpens der „Quantitativen Erleichterung“ (QE) markierte. Die digitale Druckerpresse der EZB steht bereit, die Märkte mit neuen Billionen zu fluten.

Um einen Notstand zu schaffen, der eine illegale Rettungsaktion rechtfertigt, spielen die westlichen Eliten mit dem Feuer. Wie die ehemalige demokratische Präsidentschaftskandidatin Tulsi GABBARD es ausdrückte, „wollen sie in Wirklichkeit, daß Rußland in der Ukraine einmarschiert“, indem sie sich hartnäckig weigerten, offiziell zu erklären, was ohnehin jeder wußte, nämlich daß die Ukraine niemals der NATO beitreten wird.

Plötzlich wurde die Schwelle für einen Dritten Weltkrieg drastisch gesenkt, nicht weil PUTIN die russischen strategisch-nuklearen Streitkräfte in höchste Alarmbereitschaft versetzt hat, sondern wegen der Eskalation des Westens und den Sanktionen vom 26.2.

Mit den Finanzsanktionen gegen Rußland unter dem Vorwand von „Krieg in Europa“ haben die europäischen Länder auf einen Schlag erreicht, was britische Geopolitiker in zwei Jahrhunderten nicht geschafft haben: die erfolgreiche Abkopplung Mittel- und Westeuropas von Rußland und die Sabotage der friedlichen Integration des eurasischen Kontinents.

## **Schachtsche Wirtschaftspolitik der EU wird nach hinten losgehen**

Durch das Einfrieren von Vermögenswerten, die mit der russischen Zentralbank in Verbindung stehen, überließen die EU-Länder zusammen mit Großbritannien, den USA und Kanada Moskau nur etwa ein Drittel seiner Reserven im Wert von 630 Mrd.\$, in Form von Gold und chinesischen Yuan. Damit bleibt Rußland zwar ein gewisser Handlungsspielraum, doch kommen solche Sanktionen unbestreitbar einer Kriegshandlung gleich.

Gleichzeitig beschleunigt die EU den Übergang zu einer regelrechten Schachtschen Wirtschaft, mit der Finanzierung unproduktiver Schulden durch die Zentralbank und einer massiven Senkung des Lebensstandards der Bevölkerung.

Das zeigt sich am deutlichsten in der Wende, die die deutsche Regierung angekündigt hat: eine Erhöhung der Militärausgaben um über 200% (mehr als Hjalmar SCHACHT 1933-34!), Investitionen in Anlagen für den Import von teurem Flüssiggas und der massive Ausbau der sog. erneuerbaren Energien. Das Ergebnis wird ein drastischer Produktivitätsrückgang und mehr Inflation sein.

Die Lage kann jedoch leicht außer Kontrolle geraten. Genau wie die Energiepolitik kann und wird auch der Finanzkrieg der EU gegen Rußland nach hinten losgehen. Französische und italienische Banken sind mit jeweils 25 Mrd.€ in Rußland engagiert, österreichische mit 17 Mrd.€.

Dabei ist zu bedenken, daß ein Vermögenswert einer Bank gleichzeitig eine Verbindlichkeit auf der anderen Seite der Bilanz darstellt. Wenn die russischen Banken vom SWIFT-System für den internationalen Zahlungsverkehr abgekoppelt werden, setzt dies eine Kettenreaktion von Zahlungsausfällen in Gang. Darüber hinaus wird der Handel zwischen den EU-Ländern und Rußland gefährdet, der sich im Jahr 2020 auf über 174 Mrd.€ belief.

Mit Finanzsanktionen gegen Rußland wird „die globale Stabilität stark gefährdet, nur um die Zahlungsfähigkeit der außer Kontrolle geratenen Staatsschulden und die direkte Finanzierung der explodierenden Defizite zu gewährleisten“, so der Finanzanalyst Mauro BOTTARELLI.

„Mit anderen Worten: entweder Krieg oder ein weiteres 2011 hoch drei, kombiniert mit einem 2008 hoch x.“

Und wie wird Moskau auf die Sanktionsmaßnahmen reagieren? Was, wenn es die Gas- oder Weizenlieferungen nach Europa stoppt?

Was ist, wenn Moskau, wie angekündigt, mit scharfen, asymmetrischen Maßnahmen auf jede „Einmischung“ in seine militärische Operation in der Ukraine reagiert?

Beseitigen wir mit LAROUCHES „Vier Gesetzen“ das finanzielle Krebsgeschwür, das die Weltwirtschaft verschlingt - dann haben wir eine wichtige Ursache für den Dritten Weltkrieg beseitigt.

## **Warnungen vor der Gefahr eines Atomkriegs aus USA und Italien**

In den NATO-Staaten werden zahlreiche Stimmen laut, die ihre Regierungen auffordern, Rußlands legitime Forderungen nach Sicherheitsgarantien, die bisher herablassend zurückgewiesen wurden, zu berücksichtigen.

\* In den USA ist **Tulsi Gabbard**, ehemalige Kongreßabgeordnete aus Hawaii und frühere Präsidentschaftskandidatin in der Demokratischen Partei, die als Soldatin Kampfeinsätze im Irak absolvierte, wegen ihrer unverblühten Kritik am militärisch-industriellen und finanziellen Komplex und seiner Kriegspolitik unter heftigen Beschuß geraten.

In einem Tweet vom 13.2. hatte Gabbard gefragt, warum die NATO Rußland die geforderten Zusicherungen nicht gibt: „Liegt es daran, daß die Kriegstreiber in Wirklichkeit wollen, daß Rußland einmarschiert? Damit wir drakonische Sanktionen gegen Rußland verhängen und einen neuen Kalten Krieg schaffen können, der dem militärisch-industriellen Komplex jahrzehntelang unendliche Profite einbringen wird?“

In einer Sendung mit Tucker CARLSON auf *Fox News* am 24.2. erklärte sie, wenn Präsident BIDEN „die NATO für die Ukraine vom Tisch genommen hätte“, wären wir jetzt nicht in dieser gefährlichen Lage. Obwohl sie die russische Militärintervention in der Ukraine nicht gutheißt, sei sie äußerst besorgt darüber, daß ein gegenseitiges „Hochschaukeln“ zwischen den beiden größten Atommächten USA und Rußland im Handumdrehen gefährlich eskalieren könnte.

Zwei weitere Gäste der Sendung, der Journalist Glenn GREENWALD und der pensionierte US-Oberstleutnant Danny Davis, forderten die NATO ebenfalls auf, der Ukraine die Mitgliedschaft zu verweigern.

\* Alfred-Maurice **de Zayas**, Professor für internationales Recht und ehemaliger hochrangiger unabhängiger Menschenrechtsexperte der UN, betonte in einem Interview mit *Sputnik News* vom 26.2., die NATO habe selbst wiederholt gegen die UN-Charta verstoßen, während der Westen Rußlands „Sondereinsatz“ in der Ukraine anprangert.

<https://sputniknews.com/20220226/ukraine-nato-bloc-has-neither-moral-authority-nor-credibility-to-judge-russia-ex-un-expert-says-1093391442.html>

„Tatsächlich ist die NATO keine ‚defensive‘ Organisation, sondern im Gegenteil eine Organisation für offensive Aktionen. Die NATO-Länder haben in Jugoslawien, Afghanistan, Irak, Libyen und Syrien Verbrechen des Angriffskrieges, Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen. Der NATO mangelt es nicht nur an moralischer Autorität, sondern auch an Glaubwürdigkeit, weil sie in Vorbereitung auf alle ihre Angriffskriege ‚Fake News‘ und falsche Narrative verbreitet hat.“ Die USA „verstehen das Völkerrecht als ein geopolitisches Instrument, das man nach Bedarf benutzen und mißbrauchen kann“.

De Zayas wies ferner darauf hin, „daß NATO-Generalsekretär Jens STOLTENBERG auf der Münchner

Sicherheitskonferenz am 19.-20.2. sagte: ‚Wenn Rußland weniger NATO an seinen Grenzen will, bekommt es das Gegenteil, nämlich mehr NATO.‘ Das war eine unnötige Provokation, die PUTIN den Fehdehandschuh hinwarf.“ Gleichzeitig wurden der Ukraine tonnenweise Waffen geliefert, eine „ganz klare Bedrohung für Rußland und ein Verstoß gegen die UN-Charta“.

\* Aus Italien hat der ehemalige Direktor des UN-Büros für Drogen- und Verbrechensbekämpfung, **Pino Arlacchi**, eine Lösung der Krise mit Souveränität für die Ukraine und Sicherheit für Rußland gefordert. In seinem Blog erinnert er daran, daß der russischen Führung 1990/91 weitreichende Zusicherungen gegeben wurden, daß die NATO nicht nach Osten expandieren würde, doch diese Versprechen später gebrochen wurden. „Amerikas führende Rußland-Experten, vom legendären George KENNAN über den Botschafter in Moskau, Jack MATLOCK, bis hin zu CLINTONS Verteidigungsminister William PERRY, waren einhellig der Meinung, daß die russische Forderung nach Sicherheitsgarantien legitim war.“

Die NATO-Osterweiterung war für sie daher eine unnötige, rücksichtslose und provokative Idee.“

Arlacchi schreibt: „Der einzige Ausweg ist ein Abkommen, das Rußland die Sicherheitsgarantien gibt, die es seit 30 Jahren erfolglos fordert, im Gegenzug für die Einstellung der Angriffe und eine langfristige Verpflichtung zur Achtung der Souveränität der Ukraine. Das kann durch eine europäische Initiative geschehen, es kann die Wiederaufnahme der Minsker Vereinbarungen und auch die Schaffung eines neutralen Status für die Ukraine beinhalten.“ Europa solle aufhören, mit dem Feuer zu spielen, nur um seinem transatlantischen Herrn zu gefallen.

### ***Deutschland übernimmt Führungsrolle bei der westlichen Eskalation gegen Rußland***

Das Paket wirtschaftlicher und militärischer Maßnahmen gegen Rußland vom vergangenen Wochenende wurde zwar zweifellos in erster Linie von anglo-amerikanischen geopolitischen Kreisen beschlossen, aber es war auch mit einer schockierenden Kehrtwende in Berlin und der Ankündigung umfassender Aufrüstung verbunden. Helga ZEPP-LAROCHE bezeichnete diese politische Wende als „ein Erdbeben“ und eine „absolute Katastrophe“, denn Kanzler SCHOLZ habe die Regierung „faktisch in ein Kriegskabinett verwandelt“.

Die deutsche Regierung gab ihre Zurückhaltung bei der Sanktionierung Rußlands über SWIFT auf, gab dem Druck nach, Waffenlieferungen an die Ukraine zuzulassen, und signalisierte ihre Bereitschaft, alle wirtschaftlichen Beziehungen zu Rußland zu opfern - weit über die Erdgaslieferungen hinaus. Kanzler Olaf Scholz behauptete im Bundestag wider besseres Wissen, die Sanktionen der G7 (deren Vorsitz Deutschland in diesem Jahr innehat) zielten gegen Wladimir PUTIN und nicht gegen das russische Volk.

Die Entscheidung, Waffen an die Ukraine zu liefern,

ein Land, das sich im Krieg befindet, verstößt gegen das deutsche Grundgesetz, das mehr noch als alle anderen europäischen Verfassungen auf der Ablehnung des Krieges beruht. Es bleibt abzuwarten, wie das Bundesverfassungsgericht auf die in Vorbereitung befindlichen Klagen reagieren wird.

Berlins Zustimmung zu dem Wirtschaftskriegspaket gegen Rußland wird die gesamte EU treffen - auch diejenigen, die mit Sanktionen noch zögern -, allein schon weil Deutschland die größte Volkswirtschaft ist. Die Scholz-Regierung hat offenbar beschlossen, die zahlreichen Warnungen zu ignorieren, daß die SWIFT-Sanktionen für europäische Volkswirtschaften, die bedeutende Exporte nach Rußland haben, zum Bumerang würden. MACKINDERS altes geopolitisches Drehbuch zur Abspaltung Deutschlands vom „eurasischen Herzland“ scheint sich endgültig durchgesetzt zu haben. Es bedeutet das Ende der deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehungen.

Scholz kündigte in seiner Bundestagsrede an, daß nicht weniger als 100 Mrd.€ für die Aufrüstung der Bundeswehr ausgegeben werden sollen. Wie Finanzminister Christian LINDNER andeutete, sollen dafür Steuern erhöht werden. Die Aufgabe der Gasimporte aus Rußland und deren Ersatz - der laut Scholz mit dem Bau von zwei LNG-Terminals in Wilhelmshaven und Brunsbüttel beginnen soll - wird zu höheren Gaspreisen für Industrie und private Haushalte führen.

### ***Lügen und Wahrheiten über die Ukraine und die notwendige Entnazifizierung***

Die Vorsitzende des *Schiller-Instituts*, Helga ZEPP-LAROCHE, gab am 28.2. ein 24-minütiges Video-Statement über die Entwicklung der Krise in der Ukraine ab, das im Internet abgerufen werden kann <https://schillerinstitute.com/de/blog/2022/03/01/helga-zepp-larouche-luegen-und-wahrheiten-ueber-die-ukraine/>. Sie begann wie folgt:

„Ich spreche zu Ihnen, weil ich Ihnen eine äußerst wichtige Botschaft übermitteln möchte. Wie Sie wissen, befinden sich seit einigen Tagen russische Truppen in der Ukraine, die eine Militäroperation durchführen. Als Reaktion darauf hat der Westen sehr, sehr harte Sanktionen gegen Rußland verhängt, die unüberschaubare Auswirkungen haben werden - nicht nur auf Rußland, sondern auf die ganze Welt.“

Präsident PUTIN hat die russischen Atomwaffen in Alarmbereitschaft versetzt. Jede weitere Eskalation dieser Situation birgt die Gefahr, daß die Dinge völlig außer Kontrolle geraten und im schlimmsten Fall zu einem nuklearen Schlagabtausch und einem Dritten Weltkrieg führen, und wenn das passiert, wird das wahrscheinlich niemand überleben. Das könnte das Aussterben der menschlichen Spezies bedeuten.

Um zu verstehen, wie wir an diesen Punkt gelangt sind, muß man sich die jüngste Geschichte der letzten 30 Jahre ansehen, denn wir sind von einem Punkt, der unglaublich hoffnungsvoll war, schlafwandelnd in eine immer schlechtere Situation hineingewandert - Schritt für Schritt, Schritt für Schritt -, und die meisten

Menschen waren völlig gleichgültig gegenüber dem, was geschah.“

Der Fall der Berliner Mauer 1989 sei ein Moment von „unglaublichem historischem Potential“ gewesen, denn man hätte eine Friedensordnung aufbauen können. Doch anstatt diese einmalige Gelegenheit zu nutzen, hätten die westlichen Mächte und insbesondere Großbritannien und die Vereinigten Staaten versucht, ein Weltreich nach dem Vorbild des Britischen Empire aufzubauen.

Die NATO dehnte sich weiter nach Osten aus und versprach schließlich der Ukraine und Georgien die NATO-Mitgliedschaft, „was aus russischer Sicht inakzeptabel ist“. Schritt für Schritt habe dies schließlich zu dem Aufstand auf dem Maidan in Kiew im Jahr 2014 geführt. Obwohl sich unter den Demonstranten viele Demokraten befanden, habe es von Anfang an auch Elemente aus Netzwerken gegeben, die mit Stepan BANDERA zusammenhingen, der „im Zweiten Weltkrieg mit den Nazis zusammengearbeitet hatte“.

Westliche Geheimdienste hätten diese Netzwerke seit dem Zweiten Weltkrieg geschützt, um sie bei einer Konfrontation mit der Sowjetunion zu nutzen. 2014 habe man sie für den Putsch mobilisiert, und seitdem seien sie in der Ukraine äußerst aktiv und einflußreich geblieben, unter anderem als Teil der ominösen Asow-Brigade.

Darüber hinaus habe die US-Regierung laut der damaligen Spitzenbeamtin des Außenministeriums Victoria NULAND 5 Mrd.\$ für den Aufbau von NGOs und anderen Organisationen ausgegeben, um diesen Staatsstreich herbeizuführen und anschließend eine hysterische antirussische Kampagne zu führen.

Heute sei eine Entnazifizierungskampagne und die Gewährung eines Neutralitätsstatus für die Ukraine von entscheidender Bedeutung. Sie beendet ihr Video-Statement mit dem Aufruf zu einer weltweite Mobilisierung für eine globale Sicherheitsarchitektur, „die die Sicherheitsinteressen jeder einzelnen Nation auf dem Planeten berücksichtigen muß - einschließlich Rußlands, einschließlich Chinas, und der Vereinigten Staaten, der europäischen Nationen und aller anderen Nationen auf dem Planeten... Das Vorbild dafür ist der Westfälische Friede.“ Sie appellierte an alle, sich dieser Mobilisierung anzuschließen.

### ***Welternährungskrise unter dem Einfluß von Konflikten und Krieg***

Laut einem Bericht des Welternährungsprogramms (WFP) vom Jahresbeginn sind heute weltweit mehr als 200 Millionen Menschen vom Hungertod bedroht, und die Zahl droht allein in diesem Jahr um weitere 100 Millionen zu steigen. Diese dramatische Schätzung entstand noch vor dem militärischen Konflikt in Europa.

In Afghanistan sind 23 Mio. Menschen, darunter Millionen von Kindern, vom Hunger bedroht; in dem winzigen, vom Krieg zerrissenen Land Jemen sind über 40% der Bevölkerung (13 Mio.) auf Spenden des WFP

angewiesen, um zu überleben, und am Horn von Afrika herrscht die schlimmste Dürre seit Jahrzehnten. Gleichzeitig werden Nahrungsmittel immer knapper.

Bereits Ende letzten Jahres wurde für 2022 ein Rückgang der weltweiten Weizenproduktion um etwa 10 Mio.t erwartet, so das französische Agraranalyseunternehmen *Agritel*. Der Rückgang der Maiserzeugung wird voraussichtlich noch massiver ausfallen, da die Produktionskosten um 15-20% steigen, während die Ölsaaternte 2022 voraussichtlich das vierte Jahr in Folge zurückgehen wird. Die Preise für Düngemittel haben sich von 2020 bis Ende 2021 bereits verdreifacht, was sie für unzählige unabhängige Landwirte in aller Welt unerschwinglich macht. Der katastrophale Rückgang der weltweiten Agrarproduktion ist zum Teil auf die steigenden Energiepreise durch den „Green Deal“, aber auch auf geopolitische Faktoren und Konflikte zurückzuführen.

Der Konflikt in der Ukraine und die Sanktionen gegen Rußland werden die Lage enorm verschärfen, insbesondere wenn der Transport über das Schwarze Meer blockiert ist. Auf die Ukraine und Rußland zusammen entfallen heute knapp 30% des gesamten auf den Weltmärkten gehandelten Weizens, Rußland ist der größte Exporteur und die Ukraine steht an fünfter Stelle. Außerdem liefern sie zusammen 32% der weltweiten Gerstenexporte, 19% der Maisexporte und fast 80% der Sonnenblumenölexporte.

Chemische Düngemittel sind für die moderne Landwirtschaft unerlässlich, und Rußland sowie Weißrußland sind wichtige Lieferanten auf dem Weltmarkt. Nach Angaben von *ARGUS Media* ist Rußland sogar der größte Exporteur mehrerer Rohstoffe: Ammoniumnitrat (49% Marktanteil), NPK (Stickstoff, Phosphor und Kalium, 38%), Ammonium (30%) und Harnstoff (18%).

Bei Kalium (Pottasche) liegen Weißrußland und Rußland mit 9,0 Mio.t (Rußland) und 8,0 Mio.t (Weißrußland) zusammengenommen an der Spitze der weltweiten Produktion, Kanada ist mit 14,0 Mio.t der größte Einzelproduzent.

Wenn Rußland aufgrund der Sanktionen der USA und Europas tatsächlich vom weltweiten Bankensystem abgeschnitten wird, werden die Störungen in der globalen Nahrungsmittelversorgung dramatisch sein.

Allerdings wurde diese Woche bekannt, daß China im Rahmen der Vereinbarungen der Präsidenten XI und PUTIN die Beschränkungen für Weizenimporte aus Rußland lockern wird und somit einen großen Teil der von Sanktionen betroffenen Exporte auffangen könnte. Laut einem neuen Bericht von *Goldman Sachs* dürfte China der „Hauptnutznießer“ russischer Waren und Rohstoffe sein, wenn die regulären Exporte gekürzt werden.

***Der Strategic Newsletter wird herausgegeben von unserer Nachrichtenagentur E.I.R. und kann bestellt werden bei:***

***Caroline Hartmann***

***[c.hartmann@eir.de](mailto:c.hartmann@eir.de)***